

An die Bundesregierung der Bundesrepublik  
Deutschland  
Kanzlerin Dr. Angela Merkel  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

**Afrikareferat**

Dr. Reinhard Kees  
Afrikareferent  
Tel.: +49 (0)30 243 44-151  
r.kees@bmw.ekbo.de

Berlin, 29.09.2016

**Menschenrechtsverletzungen in Äthiopien  
Einfrieren der Militär- und Budget-Hilfe für Äthiopien**

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel,

Die äthiopische Regierung setzt die Armee gegen friedliche Demonstranten ein. Seit November 2015 sind mehr als 600 Menschen, die gegen Enteignungen und Vertreibungen sowie für die Selbstbestimmung Oromias demonstrierten, bereits getötet worden. Tausende sind verhaftet oder verschwunden.

Das Parlament der Europäischen Union hat die äthiopische Regierung aufgefordert, die von ihr unterzeichnete UN-Charta der Menschenrechte zu wahren.

Sprechen Sie auf Ihrer Reise nach Äthiopien die Menschenrechtsverletzungen in Äthiopien an. Sie haben die Möglichkeit die Militär- und Budget-Hilfe für Äthiopien einzufrieren, bis die äthiopische Regierung die Menschenrechte, vor allem die Meinungs- und Versammlungsfreiheit respektiert.

Die äthiopische Regierung hat einen "Masterplan" vorgelegt, der eine Ausweitung der Bundeshauptstadt Addis Abeba auf Kosten des Bundeslandes Oromia vorsieht. Er hat bereits zur gewaltsamen Vertreibung von Tausenden von Bauern und ihren Familien geführt und hätte bei konsequenter Umsetzung die faktische geographische Teilung Oromias zu Folge. Dieser Plan hat seit November 2015 in Oromia zu zahlreichen Protest-Demonstrationen geführt. Diese wurden von der äthiopischen Regierung unter Einsatz von Bundespolizei und Militär blutig niedergeschlagen. Mehr als 600 Menschen wurden getötet. Hunderte wurden verwundet, Tausende verhaftet - Jugendliche, Aktivisten, Journalisten, Intellektuelle, Oppositionspolitiker. Menschen riskieren ihr Leben, wenn sie gegen Vertreibungen, Enteignungen und gegen die gewaltsame Einschränkung der in der Verfassung verbrieften Versammlungs-, Demonstrations- und Meinungsfreiheit demonstrieren.

Das Europäische Parlament hat am 21. Januar 2016 in einer Resolution zur Lage in Äthiopien (2016/2520 RSP)\* die äthiopische Regierung dringend und unmissverständlich aufgefordert, die von ihr unterzeichneten Menschenrechtserklärungen und die eigene Verfassung der Demokratischen